



Arbeitnehmerkammer
Bremen

Arbeitsverdienste in Bremen

Zwischenbericht

Kooperation
Arbeitnehmerkammer Bremen
Statistisches Landesamt Bremen

Bremen, im Dezember 2009

Arbeitsverdienste in Bremen

Zwischenbericht

Kooperation
Arbeitnehmerkammer Bremen
Statistisches Landesamt Bremen

Ansprechpartner
Arbeitnehmerkammer Bremen
Referat Regionale Strukturpolitik
Bernd Strüßmann

Statistisches Landesamt Bremen
Abteilungsleiter Wirtschaft
Dr. Andreas Cors

Aufbereitung der Daten
Sonja Viehweg
Statistisches Landesamt Bremen

Niedrige Arbeitnehmerverdienste in Bremen

Zwischenbericht

Im Zusammenhang mit der Feststellung eines angemessenen Mindestlohniveaus durchgeführte Untersuchungen ergaben deutliche Hinweise darauf, dass sich der Niedriglohnsektor in Deutschland ausgeweitet hat. So arbeitet nach Feststellungen von Kalina/Weinkopf (2009) in Deutschland mehr als jeder fünfte Beschäftigte zu einem Niedriglohn, der – bezogen auf das Jahr 2006 – mit 9,61 Euro/Stunde in den westlichen und 6,81 Euro/Stunde in den östlichen Bundesländern beziffert wird. Offensichtlich hat sich der Anteil der Beschäftigten mit besonders niedrigen Löhnen zwischen 1995 und 2006 von 15 Prozent auf 22 Prozent vergrößert.¹ Insgesamt arbeiten in Deutschland rund 6,5 Millionen Beschäftigte im so ausgewiesenen Niedriglohnbereich.

Die vorliegende Untersuchung folgt in Bezug auf den Umfang niedriger Arbeitsverdienste einen anderen Ansatz, indem die Verteilung der Bruttomonatsverdienste einschließlich geleisteter Sonderzahlungen (z.B. 13. Gehalt) unter die Lupe genommen wird. Die zentrale Frage zielt auf die Struktur der Arbeitnehmer-Bruttomonatsverdienste im Bundesland Bremen und ihre Veränderung zwischen 2000 und 2007. Wenn hier also im Folgenden von Niedrigverdiensten die Rede ist, bezieht sich das nicht auf die Höhe des Stundenlohns, sondern auf die Höhe des Monatsverdienstes. Einbezogen werden dabei die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die ausschließlich geringfügig Beschäftigten. Die Darstellung konzentriert sich auf die regionale Situation bezüglich der Monatseinkommen der am Arbeitsort Bremen Beschäftigten. Zur Analyse hat das Statistische Landesamt Bremen Daten des BA-Beschäftigtenpanels ausgewertet, die einen Vergleich der Einkommensstrukturen für die Jahre 2000 und 2007 ermöglichen. Zur Interpretation der Befunde werden weitere Informationen der Beschäftigtenstatistik herangezogen.

Das BA-Beschäftigtenpanel²

Datengrundlage bildete das schwach anonymisierte BA-Beschäftigtenpanel, Version Quartale 4/2000 und 4/2007. Der Datenzugang erfolgte mittels kontrollierter Datenfernverarbeitung beim Forschungsdatenzentrum (FDZ) der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung. Das BA-Panel stellt eine rund zweiprozentige Stichprobe der personen- und betriebsbezogenen Beschäftigungsdaten dar, die von der Bundesagentur für Arbeit seit 1973 zum Quartal erhoben werden.

Die Beschäftigtendaten werden von den Arbeitgebern im Rahmen der gesetzlichen Meldepflicht zur Sozialversicherung erhoben und den Krankenkassen gemeldet, welche diese an die Bundesagentur für Arbeit weiterleiten. Die Meldungen erfolgen nicht nur bei allen sozialversicherungsrelevanten Vorgängen - vor allem bei Aufnahme und Beendigung eines Beschäftigungsverhältnisses-, sondern ebenso regelmäßig bei einer über den Jahreswechsel hinaus andauernden Beschäftigung. Die Meldungen enthalten persönliche Angaben zum Beschäftigten, zur Tätigkeit sowie zum Betrieb des Arbeitgebers. Bei laufenden und beendeten Arbeitsverhältnissen wird auch die Beschäftigungsdauer und das Bruttoarbeitsentgelt erhoben.

In der Beschäftigtenstatistik wird die Hauptbeschäftigung der Beschäftigten erfasst. Seit 1999 werden dabei auch ausschließlich geringfügige Tätigkeiten einbezogen. Informationen zu

¹ Vgl. Kalina/ Weinkopf, Weitere Zunahme der Niedriglohnbeschäftigung: 2006 bereits rund 6,5 Millionen Beschäftigte betroffen, IAQ Report 1/2008, Duisburg 2008

² Schmucker, A., Stefan Seth, Forschungsdatenzentrum der Bundesagentur für Arbeit im Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Anlagenband zum BA-Beschäftigtenpanel, 1998-2007 Codebuch, FDZ-Datenreport 1/2009. Müller, D., Schmucker, A., Das BA-Beschäftigtenpanel und weitere Daten des FDZ der BA im IAB, DRV-Schriften, Band 55/2006.

mehreren versicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnissen von Beschäftigten lassen sich allerdings nicht aus der Statistik erschließen. Seit 2003 werden die geringfügigen Nebentätigkeiten einbezogen.

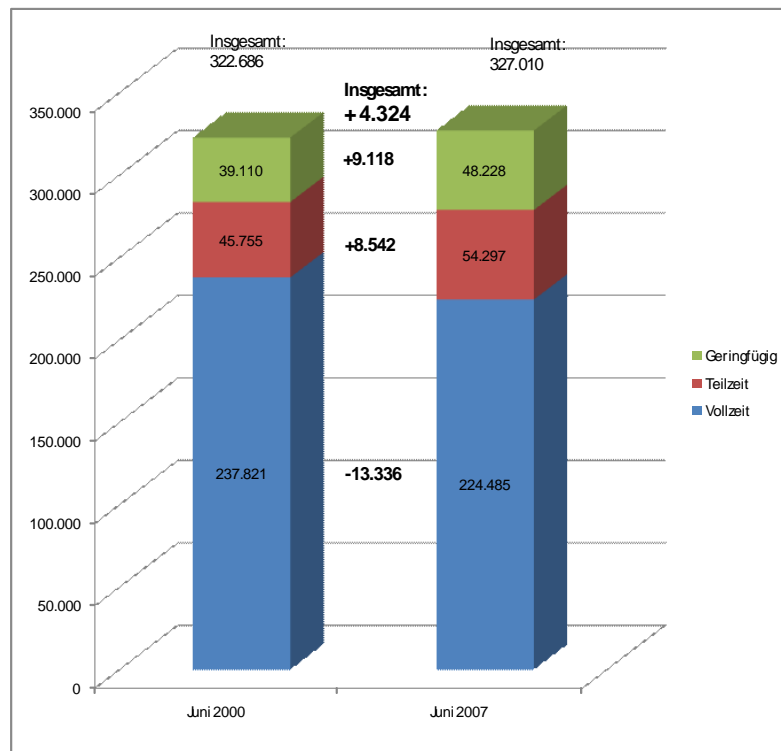
In das Beschäftigtenpanel werden darüber hinaus weitere Datenquellen der Bundesagentur einbezogen, die zur Arbeitslosigkeit eines Beschäftigten oder zur Teilnahme an einer Maßnahme der Arbeitsförderung Auskunft geben.

Grundgesamtheit und Stichprobe

Von insgesamt für das Bundesgebiet rund 600.000 erhobenen Datensätzen im Jahr 2007 entfielen rund 6.400 auf das Land Bremen. Für das Jahr 2000 lagen der Untersuchung rund 6.200 Datensätze zugrunde. Die Stichprobe stellt - eben ohne die nicht rentenversicherungspflichtigen Beschäftigtengruppen wie Beamten oder Soldaten - ein weitgehend repräsentatives Abbild der sozialversicherungs-pflichtig und geringfügig beschäftigten Arbeitnehmer dar.

Betrachtet man die Grundgesamtheit, zählten dazu im Land Bremen Mitte des Jahrs 2007 rund 327.000 Beschäftigte, darunter knapp 279.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und rund 48.000 ausschließlich geringfügig Beschäftigte – die häufig auch als „Minijobs“ bezeichnet werden.

Da in der Untersuchung Daten der Jahre 2000 und 2007 verglichen werden, ist auf eine deutliche Strukturveränderung einzugehen. Insgesamt waren Ende Juni 2007 4.324 Personen mehr als Ende Juni 2000 beschäftigt. Doch gleichzeitig verringerte sich die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung, die um 4.794 Arbeitsplätze beziehungsweise zwei Prozent abnahm. Dabei verringerte sich die Zahl der Vollzeitarbeitsplätze sogar um 13.336 Arbeitsplätze (-5,6 Prozent). Demgegenüber nahm die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit einer Teilzeittätigkeit um 8.542 (+18,7 Prozent), noch deutlicher die der Minijobs zu, und zwar von 9.118 Arbeitsplätze (+23,3Prozent).



Quelle: Bundesagentur für Arbeit Beschäftigtenstatistik – eigene Berechnungen

Entwicklung der monatlichen Bruttoeinkommen der Beschäftigten

Schwache Entwicklung der Monatsverdienste

Unterm Strich gerechnet – also für alle hier in Betracht kommenden Monatsverdienste der sozialversicherten Beschäftigten und geringfügig Beschäftigten, hat sich der durchschnittliche Bruttomonatsverdienst zwischen 2000 und 2007 nur um 5,3 Prozent erhöht – von 2.107 Euro auf 2.218 Euro. Das entspricht einem Jahresdurchschnittlichen Zuwachs von gerade einmal 16 Euro oder 0,8 Prozent. Diese Entwicklung lässt sich zum großen Teil auf die Zunahme der Minijobs zurückführen, die als Form der „atypischen“ Beschäftigung im Niedriglohnssektor deutlich an Bedeutung gewonnen haben.

Vollzeitbeschäftigte: Kaum Einkommenszuwächse im unteren Drittel - zunehmender Abstand zwischen niedrigen und hohen Einkommen.

Bei den Vollzeitbeschäftigten, die im Land Bremen arbeiten, stieg das durchschnittliche Bruttomonatseinkommen (arithmetisches Mittel) von 2.560 Euro auf 2.825 Euro beziehungsweise um 10,4 Prozent an. Dieser Zuwachs entspricht in etwa dem Anstieg des Verbraucherpreisindex.

Offensichtlich haben im betrachteten Zeitraum die Monatseinkünfte in der unteren Hälfte der nach der Einkommenshöhe gestaffelten Verteilung in geringerem Umfang als in der oberen Hälfte der Verdienstskaala von Lohnzuwächsen profitiert. Es zeigt sich ein zunehmender Abstand zwischen hohen und niedrigen Verdiensten. Indizien dafür sind:

- Der mittlere Verdienst beziehungsweise Median hat sich mit nur um 8,9 Prozent erhöht.
- Im unteren Drittel der Verdienstskaala war sogar keine nennenswerte Erhöhung der Durchschnittseinkommen zu verzeichnen.
- Im Jahr 2000 betrug der Durchschnittsbetrag im obersten Zehntel der Monatsverdienste von Vollzeitbeschäftigten 4.218 Euro und stieg bis 2007 auf 4.944 Euro an. Im unteren Zehntel sank jedoch der durchschnittliche Monatsverdienst von 1.262 Euro auf 1.194 Euro.
- Der Durchschnittsbetrag im oberen Zehntel der Verteilung betrug im Jahr 2000 das 3,3-fache, im Jahr 2007 das 4,1-fache des Betrags im unteren Zehntel.

Durchschnittliche Zunahme der Verdienste bei Teilzeitbeschäftigten mit höherer Wochenarbeitszeit

In Bezug auf die wöchentliche Arbeitszeit von sozialversicherungspflichtig sowie ausschließlich geringfügig Teilzeitbeschäftigten lassen die Daten eine Unterscheidung zwischen Beschäftigten mit weniger und mit mehr als 18 Wochenarbeitsstunden zu. Die Verdienste der Beschäftigten unter 18 Wochenstunden erhöhten sich im betrachteten Zeitraum durchschnittlich um 26,7 Prozent, nämlich von 310 auf 393 Euro. Dabei lässt sich nicht genau feststellen, welchen Anteil dabei neben der möglichen Erhöhung von Stundenvergütungen längere Arbeitszeiten spielen können. Oberhalb von 18 Wochenarbeitsstunden erhöhte sich der Mittelwert von 1.422 auf 1.586 Euro beziehungsweise um 10,2 Prozent.

Entwicklung des Niedriglohnbereichs

Wie hat sich der Niedriglohnbereich in Bremen entwickelt? Die vorliegende Analyse setzt sich mit dieser Frage unter dem Aspekt der monatlichen Entlohnung auseinander. Dies schränkt im Hinblick auf die herausgearbeiteten Quoten eine Vergleichbarkeit mit Analysen durchaus ein, die den Niedriglohnssektor als Bereich abgrenzen, in dem die Stundenlöhne einen bestimmten Schwellenwert unterschreiten.

So können natürlich bei der Betrachtung der Monatsvergütung zum Beispiel auch Monatsverdienste als Niedrigverdienste ausgewiesen werden, die zwar auf einer relativ hohen Stundenvergütung beruhen, aber wegen eines geringen zeitlichen Beschäftigungsumfangs besonders niedrig ausfallen. Da mit dem vorliegenden Datenmaterial auch weder die Haushaltgröße noch sämtliche Einkommen der Haushaltsmitglieder der Beschäftigten erfasst werden, lässt sich auch zum Beispiel keine Angabe darüber machen, in welchem Umfang die hier erfassten Niedrigverdienste individuell zur Existenzsicherung der Arbeitnehmerhaushalte beitragen. Wenn man aber davon ausgeht, dass Teilzeit- und Minijobs in den Arbeitnehmerhaushalten einen keineswegs jederzeit verzichtbareren „Hinzuverdienst“ darstellen, können sie nicht einfach ausgeblendet werden. Entsprechend geben die hier ausgewiesenen Quoten der Beschäftigung im Niedrigeinkommensbereich keine Auskunft über das konkrete Ausmaß prekärer Lebenssituationen. Wohl aber über den Umfang der Arbeitnehmerverdienste, die als alleiniges Erwerbseinkommen entsprechende Prekaritätsrisiken mit sich bringen würden.

Zweifellos schränkt dies die Aussagefähigkeit hinsichtlich der wichtigen Frage nach einer fairen und leistungsgerechten Vergütung für spezifische Tätigkeiten ein, für die als Vergleichsgröße der Stundenlohn besonders geeignet erscheint, da die Monatslöhne natürlich nur das Produkt unterschiedlich hoher Stundensätze und monatlicher Arbeitszeiten darstellen.

Als Vergleichsgröße zur Beurteilung der regionalen Struktur der Arbeitnehmerverdienste wird wegen des zwischen den alten und den neuen Bundesländern immer noch bestehenden und in Tarifverträgen verankerten deutlichen Lohngefälles zur Abgrenzung des Niedrigeinkommensbereichs auf die in den alten Bundesländern (ohne Berlin) bei einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung gezahlten Arbeitnehmerverdienste Bezug genommen.

Fakt ist, dass die Löhne und Gehälter in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren im Zuge der Arbeitsmarktflexibilisierung und unter dem Einfluss neuer Managementkonzepte zur Senkung der Personalkosten deutlich unter Druck geraten sind. Eine sich abschwächende Tarifbindung der Unternehmen, ja auch die in vielen Branchen feststellbare Umgehung bestehender Verpflichtungen durch Outsourcing und Verlagerung arbeitsintensiver industrieller Tätigkeiten in einen expandierenden Dienstleistungssektor mit unsicheren und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen übt offensichtlich einen hohen Druck auf das gesamte Lohnniveau aus. Eine treibende Kraft ist die nach der Arbeitsmarktreform für Arbeitsuchende bestehende stärkere Verpflichtung, zur Verkürzung der Arbeitslosigkeit auch schlechter als nach ihrem vorherigen betrieblichen Status bezahlte und qualifikationsinadäquate Tätigkeiten aufzunehmen, womit für die Arbeitsuchenden auch ein Wohnortwechsel verbunden sein kann. Neben den verschärften Zumutbarkeitskriterien bei der Arbeitssuche wirkt sich eine verkürzte Bezugsdauer beim Arbeitslosengeld I mit dem Risiko frühzeitig eintretender Fürsorgebedürftigkeit aus.

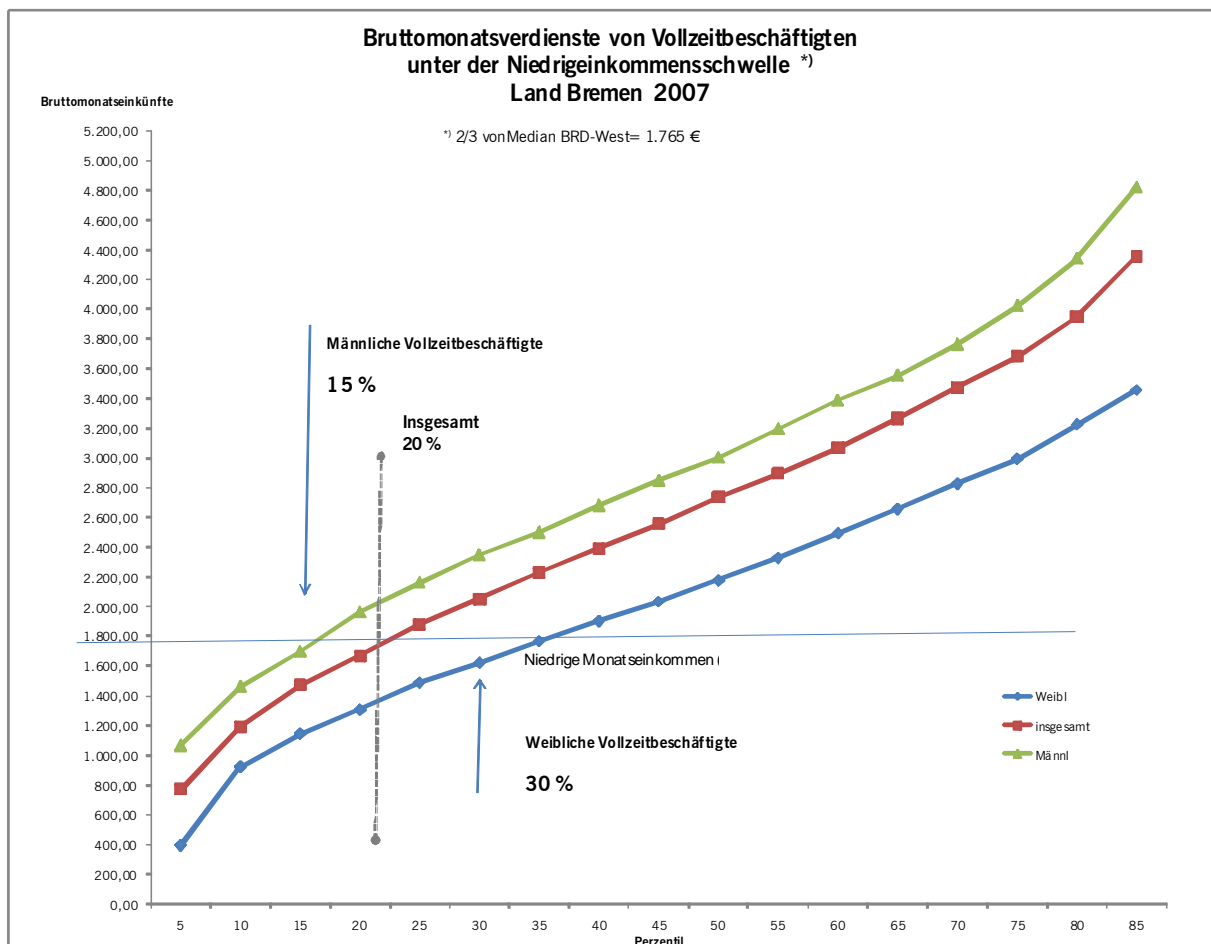
Eine bemerkenswerte Rolle spielt die Zunahme atypischer Beschäftigungsformen, das heißt vom klassischen „Normalarbeitsverhältnis“ einer einkommenssicheren Vollzeitbeschäftigung abweichender Beschäftigungsformen. Hervorzuheben ist die Zeitarbeit (Leiharbeit) sowie die geringfügigen Beschäftigungen, deren gesetzliche Förderung zur Schaffung von Arbeitsplätzen im Bereich unsicherer und oft durch niedrige Löhne gekennzeichneter Arbeitsplätze beitragen sollten und vor allem Arbeitssuchenden eine Perspektive zur dauerhaften beruflichen Wiedereingliederung auf Dauerarbeitsplätzen bieten sollten. Allerdings wurden die Erwartungen in dieser Hinsicht weitgehend enttäuscht, da auch der umgekehrte Effekt, nämlich die Substitution von Dauerarbeitsplätzen durch die boomende Zeitarbeit ebenso wie durch das Wachstum der „Minijobs“, festzustellen ist.

Monatsverdienste unter 1.765 Euro (Niedrigeinkommen)

Als Niedriglohneinkommen wurde für die Analyse entsprechend einer statistischen Konvention ein monatliches Bruttoeinkommen definiert, das zwei Drittel des mittleren Einkommens (Median) bei einer Vollzeittätigkeit in den alten Bundesländern (ohne Berlin) entspricht. Daher wurde ein Monatsverdienst für das Jahr 2000 dem Niedriglohnbereich zugeordnet, wenn es unter dem Betrag von 1.611 Euro lag, für das Jahr 2007, wenn 1.765 Euro unterschritten wurden.

Legt man sämtliche Verdienste zugrunde– also sowohl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten als auch der geringfügig Beschäftigten-, ergibt sich für das Jahr 2007 ein Anteil von 40 Prozent aller betrachteter Monatsverdienste, und zwar von 25 Prozent bei den Verdiensten von Männern und sogar 55 Prozent bei den Verdiensten von Frauen, die als Niedrigeinkommensbereich zugeordnet werden können.

Bei den *Vollzeitbeschäftigten* beziehen 15 Prozent der Männer und mehr als 30 Prozent der Frauen ein Niedrigeinkommen. Der Anteil von Niedriglöhnen hat sich bei den Vollzeitbeschäftigten zwischen 2000 und 2007 von 15 Prozent auf 20 Prozent erhöht. Dabei stieg der Anteil bei den Einkünften von Männern von 10 Prozent auf 15 Prozent, während er bei den Einkünften von Frauen das äußerst hohe Niveau von rund 30 Prozent beibehält.



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, BA-Beschäftigtenpanel, Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Besonders niedrige Monatsverdienste unter 1.300 Euro

Von besonderem Interesse sind die Bruttomonatsverdienste, die unterhalb eines Betrags von brutto 1.300 Euro monatlich liegen. Die Höhe dieses Referenzwerts wurde rechnerisch aus einem Bruttoeinkommen abgeleitet, das bei einem Alleinstehenden im Allgemeinen knapp dazu ausreichen würde, einen Anspruch auf Arbeitslosengeld II beziehungsweise Hilfebedürftigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuchs II zu vermeiden. Dieser Schwellenwert berechnet sich für Bremen im Jahr 2007 mit 1.279 Euro. Im Folgenden wird dieser Betrag, der insbesondere wegen differierender Wohnausgaben regional unterschiedlich ausfällt, einheitlich auf den Betrag von 1.300 Euro aufgerundet. Dieser Monatsverdienst reicht also bei Alleinstehenden gerade einmal aus, Hilfebedürftigkeit im Sinne des Sozialgesetzbuchs II zu überwinden.

Bezogen auf alle Beschäftigten hat sich der Anteil dieser Monatsverdienste im Land Bremen zwischen 2000 und 2007 von 20 Prozent auf 30 Prozent erhöht. Dieser Wert entspricht dem Bundesdurchschnitt, ist aber – wie eine zusätzliche Auswertung ergibt – deutlich gegenüber anderen Großstädten erhöht. 2007 hatten also schätzungsweise mehr als 100.000 Personen unter den insgesamt rund 327.000 Beschäftigten einen durchschnittlichen Monatsverdienst von weniger als 1.300 Euro.

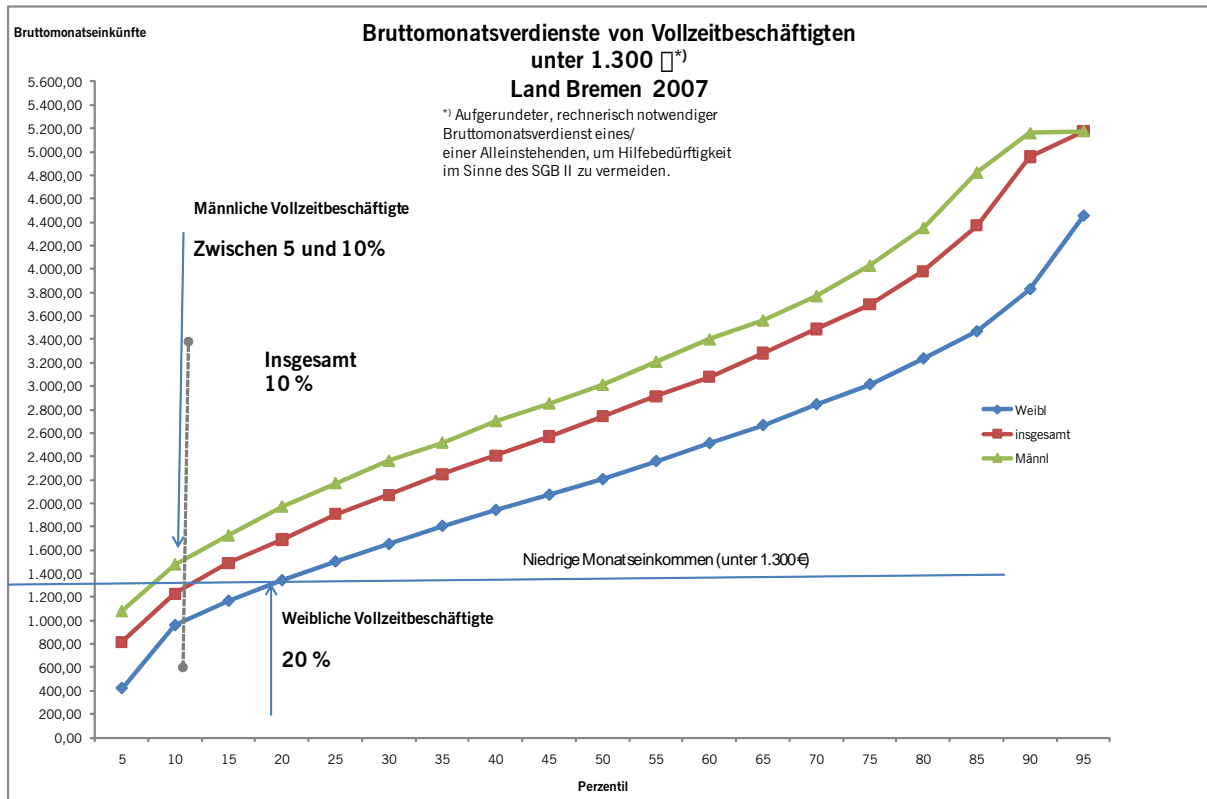
Anteil der Verdienste unterhalb des Subsistenzminimums von 1300 Euro 2007 und 1150 Euro 2000 – an allen in der Stichprobe erfassten Beschäftigten

Jahr	Deutschland	Alte Bundesländer	Neue Bundesländer	Hamburg	Düsseldorf	Essen	Stuttgart	Stadt Hannover	Bremen
2007	30,0%	25,0%	33,3%	25,0%	20,0%	30,0%	20,0%	25,0%	30,0%
2000	25,0%	25,0%	25,0%	20,0%	15,0%	25,0%	15,0%	*	20,0%

Quelle: BA-Beschäftigtenpanel; Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Der Anteil lag im Jahr 2007 im Zwei-Städte-Staat etwa in Höhe des Bundeswerts, aber höher als in Hamburg, Düsseldorf, Stuttgart und in der Stadt Hannover. Von den Städten, für die eine Vergleichsberechnung vorgenommen wurde, liegt der Anteil nur in der Stadt Essen auf dem Niveau von Bremen. Auch in den Vergleichsstädten nahm der Anteil der prekär niedrigen Monatseinkommen seit 2000 zu.

Allerdings bezogen 2007 auch rund 10 Prozent der Vollzeitbeschäftigten im Sinne der obigen Definition ein ‚prekär‘ niedriges Bruttomonatseinkommen unterhalb der Hartz-IV-Bedürftigkeitsschwelle – umgerechnet daher geschätzt zwischen 23.000 und 34.000 Personen. Der Anteil der Monatsverdienste, die rechnerisch unterhalb der Subsistenzschwelle liegen, hat sich damit gegenüber dem Jahr 2000 sogar verdoppelt (5 Prozent).



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, BA-Beschäftigtenpanel, Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen

Besonders niedrige Monatsverdienste von Frauen

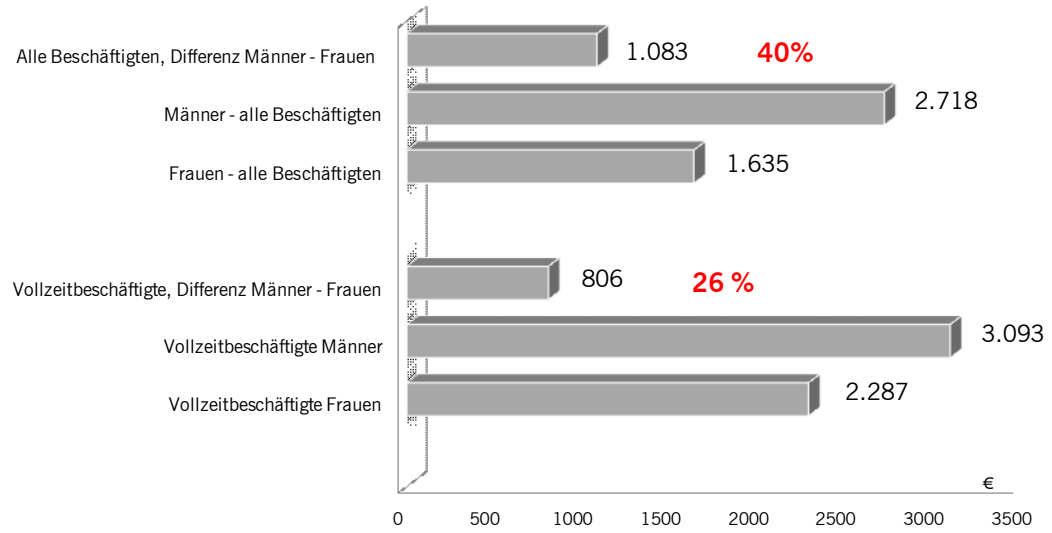
Insgesamt betrachtet, also Voll-, Teilzeit- und Minijobbeschäftigung einbezogen, liegt im Jahr 2007 der Monatsverdienst von 40 bis 45 Prozent aller Frauen unterhalb der Hartz-IV-Schwelle von 1.300 Euro. Bei Männern liegt dieser Anteil bei knapp über 30 Prozent. Aber auch bei fast 20 Prozent aller Vollzeit beschäftigten Frauen liegt der Monatsverdienst unter dem Referenzwert für das sozio-ökonomische Existenzminimum.

Großer Abstand zwischen Arbeitseinkommen von Männern und Frauen

Frauen haben spürbar niedrigere Monatsverdienste als Männer. Nicht nur, weil sie häufiger eine Teilzeittätigkeit ausüben. In Vollzeittätigkeiten verdienen sie im Bundesland Bremen ein gutes Viertel weniger als Männer. Dieser relative Lohnabstand hat sich gegenüber dem Jahr 2000 sogar um 0,5 Prozent erhöht.

Die Ergebnisse der Untersuchung verweisen in mehrfacher Hinsicht auf eine starke Ungleichheit der Arbeitseinkommen von Männern und Frauen. Im Jahr 2007 verdienten männliche Vollzeitbeschäftigte im Durchschnitt 3.093 Euro und damit 806 Euro mehr als eine in gleichem zeitlichen Umfang beschäftigte Frau. Der Einkommensunterschied betrug im Jahr 2000 25,5 Prozent, im Jahr 2007 26 Prozent.

Verdienstabstand Männer-Frauen Land Bremen 2007



Quelle: Bundesagentur für Arbeit, BA-Beschäftigtenpanel, Statistisches Landesamt Bremen, eigene Berechnungen